

### Die parlamentarische Redefreiheit.

Aus dem Schooße der konservativen Partei ist ein Antrag zur verfassungsmäßigen Aenderung des Artikels 84 der Verfassung und zwar im Sinne des einschlägigen Artikels der Reichsverfassung eingebracht worden und nach den noch unlängst von dem officiösen Organ der Regierung, der „Prov. Korrespondenz“, abgegebenen Erklärungen, kann nur in einem so formulirten Antrage den Weg zu allseitiger Verständigung gefunden werden.

Wenn sie selbst nicht die Initiative ergriffen hat, so ist diese Zurückhaltung wohl aus der Lage der Verhältnisse erklärlich.

Es ist ja nicht die Staatsregierung, welche über den Sinn des Art. 84 der Verfassung im Zweifel sich befindet, oder sich durch die Auslegung, welche ihm der höchste Gerichtshof gegeben hat, beschwert fühlte; andererseits aber war für sie, nach den bekannten Erklärungen des Grafen Bismarck in der vorigen Landtags-Session, die Frage von keiner praktischen Bedeutung mehr. Selbstverständlich konnte nicht mehr daran gedacht werden, nachdem in den weiteren Sphären des norddeutschen Bundes die unbedingte Straflosigkeit der parlamentarischen Tribune sanktionirt worden war, der Art. 84 der preussischen Verfassung in Anwendung zu bringen.

Sie wird sich daher voraussichtlich dem Guaran-  
schen Antrage nicht widersetzen, da innerhalb der li-  
beralen Fraktion des Abgeordnetenhauses sich endlich die  
Überzeugung Bahn gebrochen hat, daß der verküdete  
Weg, dem Art. 84 durch eine Declaration beizukommen,  
nicht derjenige sei, welcher zum Helle führe, daß man  
vielmehr bei abermaliger Betretung desselben nur beweisen  
würde, wie wenig es der Opposition um die Sache  
selbst zu thun sei.

Bei dieser voraussichtlichen Uebereinstimmung zweier Faktoren der Gesetzgebung ist wohl kaum zu befürchten, daß das Herrenhaus sich der beantragten Verfassungsänderung widersetzen werde. Auch in der vorigen Session zeigte es sich einer solchen nicht abgeneigt; sein Widerstand traf nun den kaiserlichen Antrag, welcher durch eine Deklaration die Auffassung der Opposition als wirklichen Inhalt des Art. 84 aufstellen sollte.

Das Herrenhaus trauet darum sein Bedenken wegen die absolute Straflosigkeit der parlamentarischen Rede nicht aufzugeben, so wenig wie die Regierung, die gethan haben dürfte um so weniger, als gerade jetzt, der allem Anscheine nach, dieselbe ihr geseliche Anerkennung auch in Preußen finden soll, das öffentliche Urtheil die Unbefangtheit wieder gewinnt, welche es in der Hitze des Kampfes verloren hatte, so daß kürzlich die „Zukunft“, das Organ der reinen und konsequenten Demokratie, die parlamentarische Redefreiheit für ein privilegium odiosum erklärte, auf welchen diejenigen nicht bestehen sollten, denen es mit dem Anspruch auf Rechtsgleichheit allen Staatsbürgern wahrhaft ernst sei.

Aber das Herrenhaus wird ebenso wie die Regierung ein Fortspinnen des alten Habers wegen Art. 84 nicht wollen, der nur dazu dienen könnte, den innern Frieden zu stören, während man sich hinter seinen abwehrenden Schutz doch nicht mehr sicher stellen könne und — wie Graf Bismarck gesagt hat: „um des innern Friedens willen, kann man wohl in Bezug dieses Artikels nachgehen.“

Wir befürchten unsererseits auch nicht, daß nach der jetzt beantragten Abänderung des Art. 84 sich der Charakter der parlamentarischen Debatte wesentlich ändern werde; die Stellung der Opposition zu der Regierung ist keine so erbitterte, keine so rücksichtslos und aggressive mehr, als sie vormals war und hoffentlich wird dieses verbesserte Verhältniß lange genug anhalten, damit sich parlamentarische Gewohnheiten bilden, an welchen der Unglimpf der Rede seine Schranken findet, auch wenn die gerichtliche Verantwortlichkeit weggefallen ist.

Es wird jetzt, nachdem man von allen Seiten geneigt ist, den Abgeordneten die absolute Redefreiheit einzuräumen d. h. die Straflosigkeit auch für Beleidigungen und Verleumdungen — kaum Jemand in Ernst noch behaupten, daß eine solche Freiheit unerlässlich sei für die Ausübung parlamentarischer Obliegenheiten oder daß in ihrer Ermangelung die Volksober oder Volksoberfreiheit eine Einbuße erlitten, und man kann daher auch von der andern Seite getrost die Erwartung aussprechen, daß das Privilegium, welches der Landtag sich zu gewinnen im Begriff steht, die Anforderung zu richtigem Gebrauche in sich selbst trage.

Noblesse oblige — das muß der Wahlspruch  
 Aller sein, welche ein besonderes Recht für sich in An-  
 spruch nehmen.

Deutschland.

Berlin, 16. November. Die von 81 Abgeordneten unterstützte Interpellation des Abg. v. Bennigsen (Centrum) lautet: „Das Hans der Abgeordnete hat in seiner 58. Sitzung am 27. Februar 1868

Veranlassung des von mir unter Nr. 187 der Drucksachen der 10. Legislaturperiode 1. Session gestellten Antrages beschloffen, die Königliche Staatsregierung zu ersuchen: 1) die gesetzliche Regelung der Stellvertretungskosten für diejenigen Mitglieder des Hauses der Abgeordneten, welche Staatsbeamte sind, baldmöglichst herbei zu führen; 2) bis zu dieser Regelung aber in Beziehung auf die gedachten Stellvertretungskosten das bis zum Jahre 1863 bestandene Verfahren wieder eintreten zu lassen. Nach Ausweis des stenographischen Berichtes wurde der Beschluß ad 1 mit sehr großer Majorität, der Beschluß ad 2 mit Majorität angenommen. Ob und in welcher Weise die Königliche Staatsregierung den vorerwähnten Beschlüssen Folge geben wird, ist die Frage, deren Beantwortung Seitens der Königlichen Staatsregierung zu veranlassen. Zweck dieser Interpellation ist."

**Mainz**, 13. November. Der Prozeß Dalmwig gegen Bamberger hat gestern eine sehr dramatische Wendung genommen. Das Zeugenverhör war ohne besonders erhebliche Zwischenfälle vorübergegangen und Herr Bamberger hatte um 11 Uhr das Wort zur Verteidigung erhalten. Nachdem er vor einem zahlreichen und äußerst aufmerksamen Publikum über zwei Stunden lang die juristische Unhaltbarkeit der Verfolgung Wort für Wort an der Zergliederung des infrimierten Textes demonstribt hatte, wurde um 11½ Uhr auf gemeinsamen Wunsch die Sitzung bis 3 Uhr ausgesetzt. Bei Wiederbeginn der Verhandlungen sprach der Präsident, Herr Mohrmann, die Erwartung aus, daß Herr Bamberger den Schluß seiner Verteidigung kurz fassen werde. Der Angeredete erwiderte, daß er sich auf solche Verpflichtung durchaus nicht einlassen könne; das System seiner Verteidigung erheische die Verlesung einer Reihe von Aktenstücken, namentlich auch von Protokollen der hessischen Stände. Dieser Absicht widerlegte sich nunmehr die Staatsbehörde, behauptend, dies sei ein Antritt des Beweises der Wahrheit und ein solcher, namentlich wo der Streit sich um Qualifikation von Regierungshandlungen drehe, nicht zulässig. Beschuldigte und Verteidiger widersprachen aufs energischste, beduinzten, daß das hessische Preßgesetz mit ausbrüchlichen Worten sogar den Beweis der Wahrheit zulasse, daß es sich nicht einmal um die Qualifikation von Regierungshandlungen drehe, sondern um die Konstatirung von Beschwerden. Der Gerichtshof zog sich zurück und deliberrirte zwei lange Stunden. Endlich wurde verurtheilt, daß er sich dem Antrage der Staatsbehörde anschließe. Die Anwälte erklärten hierauf, sämmtliche Beschuldigte sähen in Folge dieses Bescheides sich in der Freiheit der Verteidigung beeinträchtigt und verließen unter Protest den Saal. Nach ihrem Abgange konkludirte der Staatsanwalt auf zwei Monate, resp. sechs Wochen Gefängniß. Der Spruch wurde auf 14 Tage ausgesetzt.

**Carlsruhe**, 11. November. Mit dem 1. d. Mts. ist die neue Verordnung über das Paßwesen in Kraft getreten. Ein Paß oder sonstiger Reiseausweis kann von jetzt ab in Baden auch von dem Arbeiter, dem Diensthoten an und für sich nicht mehr verlangt werden; die Angehörigkeit zur dienenden, zur arbeitenden Klasse begründet keinen Unterschied mehr vor dem Gesetz. Eine Nachfrage nach dem „Ausweis“ kann also nur aus speciellen Gründen, bei vorhandener Annahme einer Gefährlichkeit überhaupt, stattfinden. Diese Auffassung schließt sich der norddeutschen Bundesgesetzgebung an; sie enthält ein entschiedenes Brechen mit einer der am tiefsten eingewurzelten alten Polizei-Anschauungen.

## Musland.

**Wien, 12. November.** Die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus über den Wehrgeſetz-Entwurf haben geſtern ihren Höhepunkt erreicht. Vier Miniſter, Baron Beuſt, Dr. Berger, Dr. Gieſtra, Graf Taaffe und als Stellvertreter der Kriegs-Miniſter Oberſt-Lieutenant v. Horſt, nahmen das Wort, um die Regierungsvorlage zu vertheidigen, und es läßt ſich nicht mehr verkennen, daß die Oppoſition mit ihren größeren Schöpfung der Kräfte des Landes bezweckenden Anträgen unterliegen wird. Die „Neue Freie Preſſe“ ſagt Gieſtra auf dem Kopf zu, daß er, der ſonſt immer die Sparſamkeit und eine niedrige Armeeziffer vertheidigt, ſichtbar gegen ſeine Ueberzeugung geſprochen habe, und faſt in elegiſchen Tönen ſeine Freunde beſchworen habe, das Wehrgeſetz als ein Vertrauensvotum zu betrachten, ohne daß ſich das liberale Miniſterium nicht behaupten könne. Nun in dieſem Sinne könnten ſich die liberalen Abgeordneten mit ſchwerem Herzen zu einem Ja! aufrufen.

— Die Schatten des Todes umgaben bereits das Lager des Bürgermeisters von Wien, und so man von Dr. Zelinka sprach, nirgends geschah es ohne den Ausdruck tiefsten Bedauerns und aufrichtigsten Mitgeföhls. Da trat im letzten entscheidenden Augenblicke wie durch ein Wunder eine Wendung ein, und während das Abendbulletin noch zwischen den Zeilen sagte: „Zelinka Hoffnung ist verloren“, brachte der Morgen zur freudigen Ueberraschung die Nachricht, daß die Rettung erschienen sei.

sei. Seitdem schreitet die Besserung in langsamem, doch regelmäßigem Schritte fort.

Wien, 14. November. Das Abgeordnetenhaus hat gestern mit der endgültigen Beschließung des Wehrgesetzes, die bei namentlicher Abstimmung mit 118 gegen 29 Stimmen erfolgte, seine Session für längere Zeit unterbrochen. Im Herrenhause findet heute die erste Lesung des Wehrgesetzes statt und Montag werden die Delegationen in Pesth eröffnet.

— Wie man vernimmt, dürfte die Vorlage des Nothbuchs vor dem 24. November kaum erfolgen, da einerseits die Drucklegung früher nicht vollendet ist, andererseits man mit dieser Sammlung diplomatischer Altensücke nicht früher debutiren will, als bis die Budaer Austauschliste sich konstituiert haben.

— Die „Wiener Zeitung“ publizirt heute das Bankgezet.

**Paris**, 13. November. Der „Constitutionnel“, der in der Subskriptions-Angelegenheit bisher ein würdiges Schweigen beobachtet hatt., muß nun auch Zeugniß von Befinnung ablegen; seine Polemik ist genau nach der wahrscheinlich gelieferten Schablone der „France“ eingerichtet: es wird bedauert, daß die protestirenden Männer, wie Berrier, den Deputirten Baudin nicht auf die Barrikaden begleitet, daß sie weniger Muth und Konsequenz als er gezeigt, daß sie, während er „sein Leben für zwanzig Frances hingegeben“, der Mehrzahl nach, „dem Kaiser den Eid der Treue als Deputirter oder Kandidaten geleistet hätten, oder nur darauf warteten, gewählt zu werden, um ihn zu leisten“. Dieser bitterböse Ton der gegenseitigen Beschuldigung ist nun freilich nicht geeignet, die Stimmung besser zu machen, und es fehlt jetzt bloß noch der „Moniteur“, um den Streit vollständig zu einem durchaus unparlamentarischen zwischen einer Anzahl der ersten politischen und juristischen Namen aus der einen, Baroche, Vinard und — Napoleon III. auf der anderen Seite zuzuspitzen. Den Blättern, die Listen für Baudin bringen, haben sich gestern wieder fünf Provinzialblätter angeschlossen, so daß heute im Ganzen dreißig Blätter die Gefahr theilen. Von den Pariser Abgeordneten haben alle unterzeichnet bis auf die drei Thiers, Darimon und Olivier. Bei Darimon ist dies selbstverständlich nach seinem Uebertritt zur Majorität; Thiers ist in solchen Zeiten bekanntlich immer nicht zu Hause; bei Olivier ist der Grund noch ein Geheimniß.

— Nach dem „Gaulois“ beschäftigt sich die provisorische Regierung gegenwärtig mit der Aufstellung ihres Kandidaten. Der Admiral Topete ist für den Herzog von Montpensier. Er behauptet, die liberale Partei sei durch die Verpflichtungen, welche sie eingegangen, an ihn gebunden. Die Erbkönigin Isabella soll längere Zeit in Paris residiren wollen, als man bisher behauptet. Ihre Beziehungen mit dem französischen Hofe sollen nach dem „Gaulois“ besser sein als man geglaubt. Havin ist heute gestorben. Sein Nachfolger in der Direktion des „Siecle“ sein wird weiß man noch nicht. Unter denen, welche in Vorschlag gebracht sind, befindet sich Jules Simon. Rothschild geht es etwas besser.

— Der Direktor des Theaters an der Wien Herr Strampfer, hat den türkischen Medschidje-Orden erhalten. Er hat sich um das türkische Reich dadurch verdient gemacht, daß er dem Sultan bei dessen Anwesenheit in Wien das Spektakelstück „Die Hirschfuh“ vorführte.

Paris, 13. November. Der Prozeß gegen die Journale hat begonnen, und die Regierung sucht einen vorbedachten Zusammenhang zwischen der Kundgebung auf dem Friedhof Montmartre und der Eröffnung zu einer Zeichnung für das Baudin-Denkmal nachzuweisen. So würde sie zum Beweise geltend machen, daß „manoeuvres“ existirt haben. Es gelingt der Anklage aber nicht, wenigstens haben die Belastungszeugen, die insgesammt Polizei-Agenten sind, sie lächerlich gemacht. Die Regierung will sich aber durch diesen Mißerfolg nicht abhalten lassen, und der General-Prokurator soll durch seinen Takt den Richtern die Gewißheit einschießen, daß etwas geschehen müsse. Daß hieße: die amtliche Politik in Einklang bringen mit der Sprache des „Pops“. Eine vom Minister des Inneren dem „Gaulois“ gemachte Mittheilung spricht das klar aus. Die Regierung giebt vor, sie habe eine weit verzweigte Verschwörung entdeckt, sie kenne die Namen der Häupter wie der Mitverschworenen; sie wisse, daß die Kundgebungen bloß ein Vorwand seien, und werde daher auch nicht vor der strengen Anwendung des Sicherheitsgesetzes zurückschrecken. Die anderen Journale haben man nicht belangt, weil in Bezug auf sie der Zusammenhang zwischen der Montmartre-Szene und der Zeichnung für ein Baudin-Denkmal von vorn herein ausgeschlossen ist. Doch würde man ihnen für den Fall einer Verurtheilung die Fortsetzung der Zeichnungsliste untersagen. Die Regierung war diesmal schlecht beraten. Rouher hatte gewünscht, im „Moniteur“ zu erklären, daß die Regierung jede heroische Handlung achten wisse und darum nichts gegen die Errichtung

eines Grabdenkmals für Baudin einzuwenden habe. Man spricht in ganz Paris, vielleicht in ganz Frankreich, von nichts Anderem als von dem heutigen Prozesse. Die Kaiserin und der Kaiser sollen mit einer, besonders dem letzteren, sonst fremden Leidenschaftlichkeit auf der Verfolgung der Urheber der Zeichnung bestanden haben. Man bemerkt auch die Ungeschicklichkeit des Präsidenten Vivien.

— Rossini ist heute Nacht um 12¼ Uhr gestorben. Ueber seinen letzten Augenblick vernimmt man Folgendes: Gestern hatte der Abbé Galbyé eine lange Unterredung mit dem Sterbenden. Der Abbé fragte ihn, ob er an die katholische Religion glaube und was das, was sie lehre. Rossini antwortete: „Celui qui a écrit le Stabat a la foi“. Nach diesem ersten Besuch (um 5½ Uhr) erhielt er die Absolution; er ward hierauf ruhig. Dann ergriff ihn unaussprechlicher Durst, welcher ihn schon seit zwei Tagen plagte, und sein Angsthelöhn begann von Neuem. Des Abends ertheilte ihm der Pfarrer von Passy die letzte Delung. Von da an begann ein schmerzlicher und langer Lebenskampf; er ächzte und röchelte und konnte kaum athmen. Es war ein peinlicher Augenblick. Um 10 Uhr 10 Minuten verabreichte man dem Sterbenden Eiswasser, das er gierig trank; ein inneres Feuer schien ihn zu verzehren und ihm unerträgliche Schmerzen zu verursachen. Er warf sich auf seinem Schmerzenslager hin und her, wobei er unverständliche Phrasen ausspief. Der letzte Namen, welcher von seinen Lippen kam, war der seiner Frau, deren Hand er mit Zärtlichkeit küßte. Einen Augenblick später verlor er das Bewußtsein. Rossini starb in seinem Landhause in Passy, das dicht an der Barriere von Festungswerken liegt. Seine Leiche wird nach Paris gebracht werden.

— Für das Namensfest der Kaiserin werden in Compiègne großartige Anstalten getroffen.

— Die „Eugenotten“, die man gestern zum ersten Mal wieder seit längerer Zeit aufgeführt hat, haben vollständig Fiasco gemacht. Mit Ausnahme der Marie Saff und des neuen Tenors Collin war nämlich das Stück sehr schlecht besetzt. Besonders miserabel waren die Chöre. Der Soldatenchor im dritten Akte wurde von dem Gelächter des Publicums accompagnirt.

— Magne arbeitet in Compiegne täglich zwei Stunden mit dem Kaiser. Wie natürlich, fordert er starke Abstriche im Militärbudget pro 1869, zu denen sich Niel nicht herbeilassen will. Man machte ihm bezüglich, daß zu größerer Centralisirung er wohl auf die 6 großen Militär-Kommando's im Reiche verzichten und so etwas über 1 Million ersparen könnte. Dies scheint bis jetzt die einzige Konzeßion, die er zu machen nicht abgeneigt wäre. Der Marineminister dagegen hat sich entschlossen, auf 13 Millionen zu verzichten. Zu diesem Zwecke will er sämtliche Holzschiffe der Kriegsmarine abschaffen und deren Bemannung ersparen, da sich dieselben als für den Dienst jetzt völlig unbrauchbar erwiesen hätten.

— Die Perreire geben ernstlich mit der Idee um sich durch Einschuß von 60 Millionen, gerade des Betrages der zweiten Emission des Credit Mobilier, wieder zum Herrn dieses Instituts zu machen. Man glaubt es sei dies gestreben, um bei den Neuwahlen sich der Unterstützung der Regierung aufs Neue zu versichern da ihnen Pinard, Rouher und selbst der Kaiser noch einander versichert, daß sie vor allen Dingen ihren moralischen Credit wieder herstellen müßten, ehe an ihre offizielle Kandidatur zu denken sei.

— Der Bruder Michel Chevalier's, der Depu-  
- tirte August Chevalier, ist an einer Lungenentzündung  
- sehr heftig erkrankt.

**London**, 12. November. Die Auflösung des Parlaments und die Einberufung des neuen ist heute Vormittag, altem Brauche zufolge, vor dem Mansion House (der Amtswohnung des Lord-Mayors) und der Wechselbörse verkündet worden. Die Wahlen in der Hauptstadt beginnen am Montag, und schon werden überall die Holzstuden errichtet, von welchen aus die Kandidaten zur Menge sprechen und in denen die Stimmen abgegeben werden.

— Sir Roundell Palmer, der liberale Kandidat für die Universität Oxford, hat sich wegen Mangel an Ansichten von dem Wahlselde zurückgezogen, so daß Herr Hardy und Herr Mobery gar keine Gegner mehr haben.

— Ein direkter Weg vom Mansion House nach dem Parlamentengebäude im Westminster wird binnen kurzer Zeit einem lange gefühlten Bedürfnis abgeholfen. Bereits sind die betreffenden Häuser auf den Abruch verkauft worden, unter ihnen manches, an welches sich interessante Erinnerungen knüpfen. So das Haus in Bucklersbury, in welchem Thomas Morus wohnte und in welchem seine Tochter geboren wurde; das Haus der Dilly'schen Verlagsbuchhandlung in der Poultry, in dem das berühmte Werk Boswell's „Life of Johnson“ zuerst erschien, und nicht dabel der ehemalige Buchladen von Vernon C. Hood, in welchem Tom Hood im Jahr 1798 geboren wurde.





